

Jörg Goldberg

Die Emanzipation des Südens

Die Neuerfindung des Kapitalismus
aus Tradition und Weltmarkt

PapyRossa Verlag

Inhalt

Vorwort	7
I.	
GLOBALER KAPITALISMUS UND DIE INSTITUTIONEN EUROPAS	11
1. Neue Wachstumspole im Süden	13
Aufstieg oder Wiederaufstieg?	14
Der Aufstieg des Südens: Ein gleichzeitiger und aufhaltsamer Prozess	21
Der Süden und der Weltmarkt	34
2. Kapitalismus – eine europäische Erfindung	46
Eigentumsrechte und die Institutionen der europäischen Moderne	47
Kapitalismus und historisches Milieu	58
Spielarten des Kapitalismus und Artikulation von Produktionsweisen	74
3. Methodische Ansätze: Zusammenfassung	90
II.	
WIRTSCHAFTSMÄCHTE DES SÜDENS	101
4. China: Kapitalismus ohne Bourgeoisie	106
Agrarische Produktionsverhältnisse, Lohnarbeit und Bourgeoisie	107
Institutionen und Organisationen: Die chinesische Gesellschaft	130
Der Einbruch des Westens	140
Überakkumulation und Landnahme	150

5. Afrika: Rohstoffe und Informalität	155
Afrika vor dem großen Sprung?	156
Exkurs: Fakten und Statistik	161
Ist der afrikanische Aufschwung nachhaltig?	169
Afrikanischer Kapitalismus – Kapitalismus in Afrika	173
Exkurs: Südafrika	177
Kapital und Lohnarbeit	180
Kleinbäuerliche Landwirtschaft zwischen Subsistenz und Weltmarkt	202
Perspektiven eines afrikanischen Kapitalismus	208
6. Lateinamerika: Klassen und Hautfarbe	217
Die Wirtschaft Lateinamerikas von 1870 bis heute	218
Merkmale des Kapitalismus in Lateinamerika	230
Vorkolumbianische Kulturen, iberischer Kolonialismus und Weltmarkt	238
Staaten- und Nationenbildung	255
Vorkapitalistische Produktionsweisen und lateinamerikanischer Kapitalismus	268
III.	
EINHEITLICHER WELTMARKT UND GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT	275
7. Kapitalistische Produktionsweise und die Gesellschaften des Südens	278
8. Der Aufstieg des Südens und die Krisen des Kapitalismus	302
Literatur	315
Tabellenverzeichnis	326

Die Milliarden Menschen, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts jählings dem globalen Kapitalismus ausgesetzt wurden, hatten sich nie auf diese Weise mit ihm arrangiert. ... Es war klar, dass sie ganz andere Wege finden mussten, den Kapitalismus in ihre Sozialstruktur aufzunehmen, und dass sie dadurch das Wesen des kapitalistischen Systems selbst verändern würden.

Rana Dasgupta, Dehli.
Im Rausch des Geldes,
Berlin 2014, S. 453 f

Vorwort

Die heute lebenden Generationen sind Beobachter und Teilnehmer eines in der menschlichen Geschichte einmaligen Experiments, das auf dem begrenzten Raum Westeuropas und Nordamerikas in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor weniger als 200 Jahren, begann. Erst seit diesem Zeitpunkt, mit der industriellen Revolution und dem Industriekapitalismus, ist es der Menschheit möglich, die Steigerung von Produktion, Produktivität und materiellem Lebensstandard über längere Zeiträume hinweg von den natürlichen Grundlagen, der Erde und den Menschen, zu lösen. Über Jahrtausende hinweg hatten Bevölkerung, Produktion, Produktivität und Pro-Kopf-Einkommen nur langsam zugenommen, wobei es immer wieder zu Rückschlägen gekommen war. Die Produktion nahm fast im Gleichschritt mit der Zahl der Menschen zu. Die Steigerung des Lebensstandards und die davon abhängige Zunahme der Bevölkerung wurden durch die Verfügbarkeit von Agrarland und Lebensmitteln sowie durch klimatische Bedingungen, also durch ökologische Faktoren, begrenzt.

Diese malthusianisch/ökologische Schranke der Produktion wurde erstmals in Europa des 19. Jahrhunderts nachhaltig überwunden, angetrieben von der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Unterordnung der materiellen Produktion unter das Kapital als sich selbst verwertendem Wert wurden Erde und Menschen zu Objekten einer wirtschaftlichen Dynamik, die mit der ständigen Erweiterung der Produktion und der permanenten Umwälzung der Technik die Tendenz zur immer effizienteren Nutzung der menschlichen Arbeitskraft verband. Das Zwangsgesetz der Akkumulation des Kapitals macht die Steigerung von Produktion und Ressourcenverbrauch zum unentrinnbaren Schicksal. Damit verbunden ist das Streben nach ständiger Intensivierung der Arbeit und der relativen Senkung der Arbeitskosten, was nur am Widerstand der Betroffenen gewisse Schranken findet. Es waren Karl Marx und Friedrich Engels, die die immanenten Triebkräfte der kapitalistischen Produktionsweise, die Akkumulation des Kapitals und den Klassenkampf, und damit zugleich deren innere Widersprüchlichkeit, aufdeckten. Bei allen Irrtümern, die Marx und Engels im Einzelnen unterliefen, ist heute keine Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen möglich, die nicht diese von ihnen auf den Begriff gebrachten ökonomischen und sozialen Kernprozesse zum Ausgangspunkt nimmt.

Aber erst die heute lebenden Generationen erleben die Einbeziehung des ganzen Planeten und der gesamten Menschheit in dieses Experiment. Während bis noch vor wenigen Jahrzehnten nur etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung in Gesellschaften lebte, die von der kapitalistischen Produktionsweise geprägt waren, ist es heute die große Mehrheit. Seit etwa 30 Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise auf fast allen Kontinenten Fuß gefasst. Sie ist dort nicht mehr nur ein westlicher Import, sondern entwickelt sich dynamisch nach eigenen Gesetzen, verbindet sich mit endogenen, historisch gewachsenen Institutionen und Kulturen, so wie im Europa des 19. Jahrhunderts. Die meisten Länder des Südens haben sich heute von der Dominanz westlicher Institutionen emanzipiert, wie es Rosa Luxemburg vorhergesehen hatte. Heute prägen die Zwangsgesetze und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise unmittelbar die Lebensverhält-

nisse der übergroßen Mehrheit der Menschen und die Veränderung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen, dies aber unter Einbeziehung jeweils unterschiedlicher historischer Milieus.

Damit werden überall die Grenzen der Produktionsweise und damit der menschlichen Existenz sichtbar: einerseits in Form der ins Ungeheure gesteigerten Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Ressourcen; andererseits in Gestalt von globalen Produktionsketten, an deren Anfang Menschen stehen, die unter elenden Bedingungen zu Löhnen schufteten, die kaum mehr als das nackte Überleben ermöglichen, und an deren Ende Güter entstehen, die in Edelgeschäften oder Discountläden mit hohen Profiten verkauft werden.

Das Experiment, in welches heute die gesamte Menschheit als Beobachter und Teilnehmer involviert ist, hat zwei Ebenen: Auf der ersten sehen wir, ob es, wie Langfristprognosen skizzieren, möglich ist, den heute schon die Kapazität des Planeten überbeanspruchenden Verbrauch von Land, Wasser und Luft nochmals zu vervielfachen. Setzt sich das globale wirtschaftliche Wachstum von heute in den nächsten 50 Jahren fort, dann wäre die weltweite Produktion 2060 um mehr als den Faktor vier größer als gegenwärtig. Auf der zweiten Ebene erleben wir, ob die infolge der Umwälzung der Kommunikationsmittel immer dichter zusammenrückende Menschheit die unsere Lebensweise prägenden krassen Unterschiede in den Lebensbedingungen ohne eine weitere Zuspitzung von unbeherrschbaren Konflikten weiter aushalten kann. Denn beides, zunehmender Naturverbrauch und scharfe soziale Gegensätze, sind integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise und innerhalb derselben nur begrenzt regulierbar.

Der Ausgang des Experiments ist ungewiss. Beunruhigend ist, dass es nicht gelingt, die systemischen Zwänge zur Akkumulation – und das heißt zur ständigen Steigerung von Produktion und Ressourcenverbrauch – einerseits und zur Verschärfung der sozialen Gegensätze andererseits, zu begrenzen. Beides hängt zusammen: Wachstum im Kapitalismus heißt immer Wachstum von Profit. Die Zunahme der materiellen Produktion (und damit der Ressourcenverbrauch) kann verlangsamt werden, aber nur durch Herabsetzung der relativen Arbeitskosten, d.h. um den Preis verschärfter Verteilungskonflikte,

und umgekehrt: Eine beschleunigte Zunahme der materiellen Produktion (Wachstum) entschärft die sozialen Auseinandersetzungen, aber um den Preis eines beschleunigten Ressourcenverbrauchs.

Dies ist ein Widerspruch, der systembedingt ist: Erstmals in der Geschichte der Menschheit wäre es technisch und wirtschaftlich möglich, allen Menschen eine auskömmliche Existenz zu sichern, ohne die Kapazität des Planeten zu überfordern.

Die Zusammenhänge sind bekannt und ebenso die technischen und sozialen Mechanismen, um ihnen Rechnung zu tragen: Stopp des wirtschaftlichen Wachstums, gerechte Teilhabe aller an den globalen Produktionszusammenhängen beteiligten Menschen, Steigerung des Wohlstands durch Umverteilung und qualitativ bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Doch während die Grenzen der Produktionsweise schon heute erfahrbar sind in Form von mehr Naturkatastrophen, von Klimawandel und ansteigendem Meeresspiegel, in Form von lokalen Kriegen und globalem Terrorismus, von Migrationsbewegungen und Auseinandersetzungen, die immer öfter die unberechenbare Form von religiösen, ethnischen und nationalen Konflikten annehmen, preisen Politik und wirtschaftswissenschaftlicher Mainstream Sozialabbau und Wirtschaftswachstum als alternativlose Lösungen an und bezeichnen dies als Reformen. Jede Regierung, der es gelingt, das Wachstum zu steigern, die Arbeitszeiten zu verlängern und die jeweilige Konkurrenzfähigkeit durch niedrigere Arbeitskosten und Sozialstandards zu steigern, gilt als erfolgreich; und jede Gruppierung, die dies kritisiert, wird im besten Fall als traumtänzerisch, im schlimmsten Fall als populistisch denunziert. Dabei ist offensichtlich, dass jene politischen Kräfte, die ewiges Wachstum und Aufrüstung im globalen Konkurrenzkampf predigen, nur nicht den Mut haben, das Katastrophen produzierende Experiment abzubrechen, indem sie die auf der Verwertung des Kapitals als Zwangsgesetz beruhende Produktionsweise bewusster gesellschaftlicher Kontrolle unterwerfen. Sie wagen es nicht, aus dem »stahlharten Gehäuse ... des siegreichen Kapitalismus« (Max Weber) auszubrechen, obwohl das Verhängnis einer nicht nachhaltigen Produktionsweise in dem Maße unübersehbar geworden ist, wie sich diese weltweit ausbreitet.

Die Analyse der im Zeichen des Kapitalismus aufstrebenden Wirtschaftsmächte des Südens macht deutlich, dass es diese technologisch-ökonomische Determiniertheit nicht gibt.

Eigentumsrechte und die Institutionen der europäischen Moderne

Der marktwirtschaftliche Triumphalismus ist nach dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008 zunehmender Ernüchterung gewichen. Ausgerechnet jene Staaten, die sich als Modellländer der liberalen Marktwirtschaft verstanden – die USA und andere Länder der angelsächsischen Welt – waren Ausgangspunkt einer tiefen Wirtschaftskrise, die in den »fortgeschrittenen Ländern« nun (2015) schon sieben Jahre anhält und die Wirtschaftspolitik bestimmt. Und ausgerechnet jener Bereich, auf dessen Funktionsfähigkeit die Marktradikalen so stolz waren, nämlich die deregulierte und globalisierte Finanzwirtschaft, der Inbegriff freier Märkte,²⁶ war der Auslöser. Aber es kam noch schlimmer: Die ehemals abhängigen Länder, denen man schlechte Regierungsführung, Bürokratie, Korruption, Staatsmischung, unsichere Eigentumsverhältnisse usw., kurz: marktwirtschaftliche Ineffizienz und das Fehlen »wirtschaftlich rationaler Organisationen« (Fukuyama) vorwirft, konnten sich den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nicht nur am besten entziehen, sie legen seither wieder ein Entwicklungstempo vor, das die kriselnden Wirtschaften des Westens in den Schatten stellt. Sie blieben von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise genau deswegen zumindest teilweise verschont, weil sie den marktradikalen Deregulierungsunfug nicht mitgemacht hatten. Während bis vor kurzem noch Bücher mit Titeln wie: »Warum Europa?« oder »The rise of the West« zu erklären suchten, »warum ... Europa (»der Westen«) in der

26 Der Hypothese effizienter Märkte zufolge, der theoretischen Grundlage des Neoliberalismus, »sind es gerade die Finanzmärkte, die das Marktgeschehen schlechthin und in größter Reinheit vertreten.« (Vogl, S. 21)

sich wandelnden Welt eine führende Rolle (übernahm)?« (Landes, S. 16), müsste heute erklärt werden, warum sich diese Verhältnisse seit den 1990er Jahren so drastisch geändert haben. Wie kommt es, dass Länder, die noch vor einer Generation hoffnungslose Sozialfälle zu sein schienen, so rasch aufholen konnten? Haben die aufstrebenden Länder so schnell von Europa²⁷ gelernt, beruht ihr Erfolg »auf dem Ehrgeiz der Nacheifernden«, wie Landes (S. 515) meint, oder haben sie eigene Erfolgsrezepte?

Kernpunkt Eigentumsrechte

Die Schwierigkeiten der modernisierungstheoretisch inspirierten Ansätze, denen zufolge nachhaltiger wirtschaftlicher Fortschritt nur durch Übernahme der marktwirtschaftlichen Institutionen des Westens und den Abbau staatlicher Regulierung erreicht werden könne, zeigt exemplarisch ein erst 2012 erschienenes populäres Buch der prominenten US-Ökonomen Acemoglu und Robinson, deren Position hier deshalb skizziert wird, weil sie geradezu entwaffnend einfach ist: Sie beanspruchen nichts weniger als eine Erklärung für die Entwicklung der Welt »seit der Neolithischen Revolution« zu liefern (S. 504). Kernpunkt seien die Eigentumsrechte, denn nur der individuelle Eigentümer (wozu die Autoren auch das Eigentum an Arbeitskraft zählen²⁸), der über sein Eigentum frei verfügen kann, habe auch ein Interesse an dessen ständiger Verbesserung. Zugute halten muss man den Autoren, dass ihr Buch »das Ergebnis fünfzehnjähriger gemeinsamer Forschungen« (S. 544) ist und sie von der realen Entwicklung wohl überrascht wurden. Ihrer Ansicht nach – »eine einfache Theorie«, wie sie selbst einräumen (S. 504) – erklärt sich der Erfolg bzw. Misserfolg von »Nationen« aus der Unterscheidung zwischen »inkluisiven« und »extraktiven« Institutionen: »Länder erzielen wegen ihrer uneinheitlichen Institutionen, wegen der Regeln, welche die Funk-

27 ›Europa« schließt die »western offshots« ein.

28 Auf diese Bestimmung der ›freien‹ Lohnarbeit wird noch zurückzukommen sein – denn tatsächlich ist diese selbst in formalem Sinne weniger ›frei« und gleich als es den Anschein hat.

tionsweise der Wirtschaft beeinflussen, und wegen der Anreize zur Motivierung der Menschen unterschiedliche wirtschaftliche Erfolge.« (S. 104) Menschen werden nach Ansicht der Autoren zu allen Zeiten und in allen Weltteilen durch die gleichen (»inklusive«) Faktoren motiviert: Sichere Eigentumsrechte, unabhängige Gesetze, freie Märkte, öffentliche Dienstleistungen und die Freiheit, Verträge abzuschließen und Waren auszutauschen. Eigentum – und zwar im Sinne des unbeschränkten privaten Eigentums – steht dabei im Zentrum.

Dies vertritt auch ein anderer prominenter Autor, Niall Ferguson, der zwar im Gegensatz zu Acemoglu/Robinson den »Niedergang des Westens« zu erklären sucht, dies aber mit der gleichen Argumentation wie jene und unter positiver Bezugnahme auf sie tut. Er versteigt sich dabei zu folgender Behauptung: »Noch vor den Menschenrechten sind die Eigentumsrechte von grundlegender Bedeutung« – spricht: Sicherung des Eigentums ist wichtiger als Schutz des Lebens. Der Staat spielt dabei insofern eine zentrale Rolle, als er für Ordnung sorgt, Diebstahl und Betrug verhindert und den Verträgen zwischen Privatpersonen Geltung verschafft. Seine Hauptaufgabe ist, »seine Zwangsmittel so einzusetzen, dass die privaten Eigentumsrechte gewahrt bleiben.« (Ferguson, S. 100). Das ist die Quintessenz der anglo-amerikanischen Institutionenlehre: Privateigentum und ein starker Staat, der sich darauf beschränkt, dieses Eigentum zu schützen.

Was dagegen »extraktive« Institutionen sind, wird von Acemoglu/Robinson nicht genau definiert, aber es ist klar, dass sie schlicht das Gegenteil der inklusiven sind – vor allem sind sie durch fehlendes (sicheres) Privateigentum definiert (S. 106). Um die Wachstumsdynamik Chinas zu erklären, die ganz offensichtlich dieser simplen Logik widerspricht, benutzen die Autoren zwei sich tendenziell widersprechende Argumente: Einmal behaupten sie, die bisherigen Wachstumserfolge seien auf Fortschritte hin zu »inklusive« Institutionen zurückzuführen, »China ist inklusiver geworden.« Trotzdem seien die Eigentumsrechte in China aber »nicht wirklich abgesichert« (S. 516). China bleibe also extraktiv. »Mithin hat China sein Wirtschaftswachstum nicht dank, sondern trotz seiner extraktiven politischen Institutionen erzielt.« (S. 520) Daher – nach dem Motto, dass nicht sein kann,

was nicht sein darf – werde der Wachstumsprozess »wahrscheinlich enden, sobald China den Lebensstandard eines Landes mit mittlerem Einkommen erreicht hat.« (S. 519) China hat Weltbankdaten zufolge derzeit (Daten von 2013) ein jährliches Durchschnittseinkommen von 6.560 US-Dollar; die Gruppe der Länder mittleren Einkommens wird durch Durchschnittseinkommen zwischen 1.049 und 12.746 US-Dollar definiert – China hätte demnach also noch einige Jahre Wachstum vor sich.²⁹ Eine nähere Beschäftigung mit den chinesischen Institutionen, z. B. die Erklärung der oben dargestellten chinesischen Erfolge vor dem 18. Jahrhundert, halten die Autoren nicht für notwendig. Unter Bezug auf Acemoglu/Robinson hat Ferguson in seinem Bestseller – er unterscheidet zwischen »offenen« und »geschlossenen« Institutionen – die Zeichen der Zeit besser erkannt: Obwohl er genauso argumentiert wie die o. g. Autoren, dreht er die Fakten schlicht um: Seiner Ansicht nach betreiben die »einst diktatorischen Regime Asiens und der Dritten Welt unter dem Druck der Globalisierung den Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen, öffnen ihre Märkte und bewegen sich auf eine Zivilgesellschaft nach westlichem Muster zu« (Ferguson 2013, Klappentext), während »die westliche Welt« unter Überregulierung und einer »großen institutionellen Degeneration« leidet. Diese Art der Institutionenlehre eignet sich auch zu beliebiger Politlyrik: Reden des Ferguson verhassten US-Präsidenten Obama lassen den Nostalgiker westlicher Macht »wehmütig auf den frohen, zuversichtlichen Morgen von 1989 zurückblicken – als der Westen wirklich gesiegt zu haben schien und eine große Regeneration ihren Anfang nahm.« (ebd., S. 171)

Dass die wirtschaftlichen Erfolge des Südens nicht, wie Ferguson, Acemoglu/Robinson und zahlreiche andere Autoren behaupten, der institutionellen und wirtschaftspolitischen Imitation des (angelsächsischen) Westens zu verdanken ist, liegt auf der Hand: So lagen die stagnierenden Länder des Westens 2013 in der Rangfolge (1 bis 185) des neoliberal inspirierten »Doing Business«-Indikators der Weltbank,

29 Die OECD sagt China dagegen schon für 2030 ein BIP pro Kopf voraus, das etwa das Dreifache des gegenwärtigen Werts betragen soll (OECD 2012, S. 11).

der im wesentlichen Freiheit und Eigentumssicherheit von privaten Unternehmen nach marktradikalen Maßstäben misst, meist auf den vorderen Plätzen, während die expandierenden Ökonomien z. B. der BRICS-Länder sich mit mittleren bzw. unteren Plätzen begnügen müssen.³⁰ Gemessen an institutionellen Gegebenheiten wie individuellen Eigentumsrechten, Vertragsfreiheit, Freiheit von staatlichen Eingriffen, Freihandel usw., Institutionen, die nach vorherrschender Ansicht unabdingbar sind, um wirtschaftlichen Erfolg zu haben, liegt der kriselnde Westen weit vor dem boomenden Süden.

Natürlich greifen solche simplen, die ganze Welt über einen institutionellen Kamm scherenden Indikatoren zu kurz – und das ist nicht erst seit dem Aufstieg des Südens offensichtlich geworden. Will man die – durchaus unterschiedlichen – Erfolge der Länder der ehemaligen Peripherie verstehen, so ist ein historischer Ansatz unabdingbar. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konstellationen, die eine solche Entwicklung ermöglichen bzw. fördern, sind nicht von heute auf morgen entstanden. Das gilt für alle Weltteile. So weist z. B. Abels hauser (S. 17) darauf hin, dass »jede deutsche Wirtschaftsgeschichte unverständlich bleiben (müsste), die nicht die Grundzüge ihrer Formierung seit dem späten 19. Jahrhundert mit einbezüge.« Die Wurzeln des »heute noch geltenden sozialen Systems der Produktion« (S. 28) Deutschlands werden von ihm auf die Periode zwischen der »Gründerkrise« von 1873 und dem Ende der »Großen Depression« 1896 zurückgeführt. Diese Periode aber ist durch das »Bündnis von Roggen und Eisen« charakterisiert, welches auf dem nach der 1848er Revolution entstandenen Kompromiss zwischen ostelbischem Großgrundbesitz und rheinischer Bourgeoisie basierte (Mottek, Bd. 2, S. 14).³¹ Das

30 www.doingbusiness.org/rankings: Rangfolge nach Qualität der »regulatorischen Umwelt« für Unternehmen, Juni 2013: USA: 4; Großbritannien: 10; Deutschland: 21; Portugal: 31; Griechenland: 72; Russland: 92; China: 96; Brasilien: 116; Indien: 134.

31 Kiran Klaus Patel bezieht sich u. a. auf dieses »Bündnis von Roggen und Eisen« zur Erklärung der europäischen Agrarpolitik (Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1975, München 2009, S. 30).

soll hier nicht weiter diskutiert werden – festzuhalten bleibt aber, dass historische Kontinuitäten eine große Prägekraft besitzen, nicht nur in den Ländern des Südens. Dies schließt aber die einfache Übernahme der Institutionen anderer Länder und Kulturen aus.

Der ›Aufstieg des Südens‹ wird von zwei eng zusammenhängenden Faktoren charakterisiert:

- Er erfolgt im Zeichen kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die auch global dominieren, aber
- in einem jeweils unterschiedlichen, national/regional geprägten institutionellen und kulturellen Umfeld, das oft weit von den liberalen Idealen des Westens entfernt ist.

In diesem Kontext sind zwei Fragen zu beantworten:

- In welchem Verhältnis stehen die sich durchsetzenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu nicht-kapitalistischen Produktionsweisen, die dort noch bis vor kurzem dominierten?
- Inwieweit beeinflussen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse (›die ökonomische Basis‹) die staatlichen, rechtlichen, politischen und kulturellen Institutionen (den ›gesellschaftlichen Überbau‹), und welche Rolle spielt dabei der westlich dominierte Weltmarkt?

Kapitalismus und Moderne

Der langjährige Asienkorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung und Wirtschaftsliberale Urs Schoettli beklagte im August 2014, in einer Zeit besonders dramatischer internationaler Konflikte, in einem Leitartikel: »Es hätte nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und dem Ende des Kalten Kriegs alles ganz anders kommen sollen. Ein neues Zeitalter der Globalisierung unter den wirtschaftlichen und politischen Vorzeichen des industrialisierten Westens hätte der ganzen Welt die Benefizien einer auf Rationalität und Pragmatismus beruhenden Ordnung bescheren sollen. Das Ende der Geschichte war nahe, und wer nun noch geisteswissenschaftliche Studien betrieb und nicht auf Management, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften setzte, dem war nicht mehr zu helfen.« Es ist ganz anders gekommen: Während

sich die kapitalistische Produktionsweise rasant ausbreitet, wird die Welt zunehmend »von religiösen und nationalistischen Fanatismen« heimgesucht, »müssen wir uns mit schwerwiegenden geopolitischen, sozialen und kulturellen Verwerfungen herumschlagen.« Der Autor konstatiert eine »offensichtlich sich rasch über alle Kontinente ausbreitende reaktionäre Abkehr von der Moderne«. (NZZ v. 4.8.2014)

Was die Ursache dieser Entwicklung sein könnte, wird nicht angesprochen. Der Leitartikel, vor allem der Verweis auf die zentrale Bedeutung der Wirtschaft, atmet den naiven Glauben, mit der wirtschaftlichen Globalisierung im Zeichen des Kapitalismus würde automatisch auch die europäische Moderne³² Einzug halten. Was aber ist hier mit »Moderne« gemeint? Es wird darunter die europäische Dreieinigkeit aus »kapitalistischer Marktwirtschaft, politischer Demokratie und Rechtsstaat« begriffen, als Gegenbild zu »traditionellen« gewohnheitsrechtlichen, persönlichen bzw. familiären Loyalitäten und Normensystemen. »Gesellschaftlicher Fortschritt war ... nur als Modernisierung denkbar, die Übernahme des westlichen Entwicklungsmodells wurde zur weltweiten Voraussetzung für Wohlstand und Freiheit erklärt.« (Scheuzger / Fleer, S. 16) Natürlich wurde dabei übersehen, dass diese Dreieinigkeit auch im Westen eher die Ausnahme als die Regel war: »Marktwirtschaft« war und ist sowohl mit Monopolen als auch mit umfassenden staatlichen Interventionen vereinbar, ja – wie zuletzt die Krise 2008 und die folgende Wirtschaftspolitik zeigte – nur allzu oft konnte die Marktwirtschaft nur durch den Staat gerettet werden. Politische Demokratie war über die längsten Perioden hinweg eine Veranstaltung der besitzenden Schichten, klammerte fast immer die Unterschichten aus. Und der Rechtsstaat zeigt Tendenzen, zu einem »Rechtsanwaltsstaat« zu degenerieren, wie Ferguson (S. 124) für die USA beklagt. Die wirtschaftlichen Grundlagen der europäischen Moderne sind individuelle Eigentumsrechte, Marktfreiheit, Trennung zwischen Ökonomie und Politik, Vertragsfreiheit

32 Anders als Reinhart Köbler setze ich den Begriff der »Moderne« hier – wie üblich – mit dem europäischen Kapitalismus gleich, ohne zu unterstellen, dass es nicht auch andere Formen der gesellschaftlichen Moderne geben könnte (Köbler 2013, S. 174).

und -sicherheit, Rechtsstaatlichkeit. Auch wenn gegen diese Regeln immer wieder verstoßen wurde und wird, so stellen sie doch ein gewisses Idealbild des europäischen Kapitalismus dar.

Anders verhält es sich mit der Demokratie: Es ist oft üblich, die liberale Demokratie als eine der institutionellen Voraussetzungen und Errungenschaften der kapitalistischen Moderne zu betrachten, in Abgrenzung zum ›orientalischen‹ Despotismus. Dies wird hier nicht getan, weil Demokratie im bürgerlichen Sinne, mit ihren Kernelementen des allgemeinen und gleichen (aktiven und passiven) Wahlrechts, der Vereinigungsfreiheit, der Meinungs-/Pressefreiheit und der Gewaltenteilung tatsächlich eine sehr späte und zudem immer wieder gefährdete Errungenschaft der westlichen kapitalistischen Gesellschaften ist. Sie ist, wie Frank Deppe herausarbeitet, untrennbar mit der »Entstehung des modernen, industriellen Proletariats« verbunden (S. 69). Der europäische Kapitalismus kam und kommt sehr gut ohne Demokratie aus: Aktives und noch mehr passives Wahlrecht waren im 19. Jahrhundert, teilweise bis ins 20. Jahrhundert hinein, gebunden zunächst an den Besitz, später an die Beherrschung von Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben. In den USA hatten die Klienten der Armenfürsorge noch 1934 in vielen Staaten kein Stimmrecht (Chua, S. 193; Chibber, S. 74). Vereinigungsfreiheit (zumindest bezogen auf Gewerkschaften) ist bis heute heftig umkämpft. Demokratie war unter kapitalistischen Verhältnissen historisch fast immer beschränkt auf die besitzenden Oberschichten bzw. – folgend der feinsinnigen Sprachregelung von heute – die »bildungsnahen« Teile der Bevölkerung. Die subalternen Klassen blieben bis ins 20. Jahrhundert mehrheitlich ausgeschlossen. Und wer glaubt, das allgemeine Wahlrecht sei heute zumindest im Westen eine unumstrittene Einrichtung, der wird durch Einlassungen keineswegs unwichtiger Politiker und Wissenschaftler eines Besseren belehrt: Vorstandsmitglieder der Partei »Alternative für Deutschland« diskutieren die von Wirtschaftsnobelpreisträger August von Hayek in den 1970er Jahren aufgestellte Forderung eines Wahlrechtsentzugs für »Unproduktive«; Wirtschaftsprofessor Roland Vaubel, u. a. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, erwägt die Idee, Mitglie-

dern der unteren Klassen das passive Wahlrecht zu entziehen, um die »Leistungseliten« vor der »Tyrannei der Mehrheit« zu schützen.³³ Dies scheint aber auch ohne formelle Änderungen des Wahlrechts zu gelingen, wie die Ergebnisse aktueller Wahlanalysen zeigen: Eine repräsentative Untersuchung zu den Nichtwählern der Bundestagswahl von 2013 kommt zu folgendem Ergebnis: »Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Die Demokratie wird zu einer immer exklusiveren Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft.« (Bertelsmann-Stiftung) Man kann das als Chorweiler-Hahnwald-Phänomen bezeichnen: Im Kölner Oberschicht-Stadtteil Hahnwald beteiligten sich 89 Prozent der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 2013; im Kölner sozialen Gegenbild Chorweiler war die Wahlbeteiligung 42 Prozent. Faktisch ist das relative Stimmgewicht der Angehörigen der Oberschicht doppelt so groß wie das der Angehörigen der Unterschicht. Und wie stimmen diese Gruppen ab? Überraschung – Überraschung: Im oberen Einkommensfünftel haben die »eigentumsnahen« Parteien (hier: CDU, FDP, AfD) eine solide Mehrheit von gut 53 Prozent, während die als eher »eigentumsfern« betrachteten Gruppierungen (SPD, Linke) dort auf knapp 27 Prozent kommen. Anders beim unteren Einkommensfünftel: Dort sind die Kräfteverhältnisse der »Blöcke« umgekehrt. Knapp 35 Prozent für die Eigentumsparteien stehen knapp 47 Prozent für die eigentumsferneren Gruppierungen gegenüber. Die Grünen nehmen eine Mittelstellung ein, allerdings bei klarem Übergewicht der eigentumsnahen Gruppen (Goldberg/Leisewitz/Reusch, S. 148ff). Die Stimmen im oberen Einkommensfünftel wiegen – wegen der unterschiedlichen Wahlbeteiligung – etwa doppelt so viel wie die des unteren Einkommensfünftels. Nur in außergewöhnlich zugespitzten politischen Situationen, in denen die unteren Einkommensgruppen sich mobilisieren, kann es gelingen, parlamentarische Mehrheiten für eigentumsferne Gruppierungen zu gewinnen. Insgesamt wird von vie-

33 Vgl. Andreas Kemper, AfD: Wahlrecht für Arbeitslose abschaffen?, 15.4.2013, <http://andreaskemper.wordpress.com>

len Beobachtern – vor allem seit dem Beginn der Krise ab 2008 – im Westen eine zunehmende Tendenz zu autoritären Herrschaftsformen registriert. In dem Maße, wie staatliche Politik wichtiger wird für das ökonomische Überleben und die internationale Konkurrenzfähigkeit von Nationalstaaten, werden Regierungsentscheidungen dem demokratischen Prozess entzogen, kommt es zur »Aufwertung des autoritären Etatismus« (Deppe, S. 154). Kapitalismus und Demokratie sind keine »ziemlich besten« Freunde.

Nun beschreibt der oben zitierte Leitartikel von Schoettli die aktuelle Situation weitgehend richtig. Es fragt sich nur, warum die wirtschaftlich erfolgreiche Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise – unbestreitbar eine europäische Erfindung – nicht zu den erwarteten globalen gesellschaftlichen Veränderungen führt, sondern eher zur Ausbreitung von Nationalismus, Rassismus, religiösem Fanatismus und Unterdrückung. Ohne dies im Einzelnen diskutieren zu können, seien zwei Bemerkungen erlaubt:

- Was der Westen weltweit im Kampf um hegemoniale Positionen angestellt hat und noch weiter anstellt, ist kaum mit den gerühmten Einrichtungen der Moderne vereinbar: Rassismus und Nationalismus waren und sind Instrumente zur Schwächung konkurrierender Mächte, wie z.B. die Methoden zur Sicherung bzw. Erweiterung des osteuropäischen Einflussgebiets von USA und EU deutlich machen. Religiöser Fanatismus, ideologischer Glaubenskampf und gewalttätige Diskurse wie der legendäre Aufruf George W. Bushs zum »Kreuzzug« gegen den Terrorismus spielen eine zentrale innenpolitische Rolle im vermeintlichen Heimatland von »Rationalität und Pragmatismus«, den USA. Da wirkt es wenig glaubwürdig, wenn ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern kritisiert werden. Der Westen hat sich im Kampf um die Dominanz immer Mitteln bedient, die in krassem Gegensatz zu seiner angeblichen zivilisatorischen Mission standen. Das hat sich bis heute – trotz Beschwörung von Humanität und Menschenrechten – nicht geändert.
- Wichtiger aber scheint, dass der von seiner zivilisatorischen Mission überzeugte Westen bis heute keinen Respekt für andersartige

kulturelle Traditionen entwickelt hat, dass er diese oft noch nicht einmal wahrnimmt. Er geht noch immer von der Überlegenheit der europäischen Institutionen (»Werte«) aus. Wer nur die eigenen Institutionen und Kulturen als ›modern‹ qualifiziert, der desavouiert gleichzeitig die der Anderen als rückständig. Die Annahme eines notwendigen Zusammenhangs zwischen Technik – Kapitalismus – Moderne, die auch Schöttli, unter Bezug auf Fukuyama und andere, im Kopf hat, ist fatal. Selbst wenn man einmal unterstellt, dass die indirekten und direkten ›humanitären‹ Interventionen der jüngeren Vergangenheit (Afghanistan, Irak, Libyen, Mali, Palästina, Syrien, Ukraine, Zentralafrika, usw.), die oft katastrophische Entwicklungen, wenn nicht ausgelöst, so doch gefördert haben, tatsächlich zur Ausbreitung demokratischer Verhältnisse führen sollten, so waren diese von tiefer Unkenntnis und Missachtung der Funktionsweise und Wertvorstellungen außereuropäischer Gesellschaften gekennzeichnet. Ziel war und ist letzten Endes der Export der europäischen Moderne in die ganze Welt, wie es Schöttlis Vision unterstellt. Hintergrund der Katastrophen ist die naive Annahme, mit der Ausbreitung westlicher Technologie und der vermeintlich dazugehörenden kapitalistischen Marktwirtschaft würden quasi automatisch westliche gesellschaftliche Institutionen entstehen und ›traditionelle‹, ›rückständige‹ Verhältnisse ablösen.

Diese Annahme aber ist offensichtlich falsch. Westliche Technologien können sich ebenso gut wie kapitalistische Produktionsverhältnisse mit nicht-westlichen gesellschaftlichen Institutionen verbinden, welche wiederum keineswegs von vorneherein schlechter bzw. dem wirtschaftlichen Fortschritt hinderlicher sein müssen als die europäische ›Moderne‹. Dies schließt die Herrschaftsformen ein. Das Vorurteil, asiatische oder afrikanische Herrschaftsformen seien per se undemokratisch, d.h. »despotisch«, prägte und prägt die europäischen Vorstellungen von außereuropäischen Herrschaftsverhältnissen bis heute. Die Figur der »orientalischen Despotie«, mit der automatisch asiatische und afrikanische politische Strukturen belegt werden, dient »der Trennung des Fremden vom Eigenen, der Bestätigung einer Identität«.

tät des Selbst und der Identifikation mit seiner Gruppe durch ein besonderes Stereotyp des Fremden.« (Sonderegger, S. 205) Es ist daher wichtig, den unterstellten Zwangszusammenhang zwischen Technologie, Produktionsweise und gesellschaftlichen Institutionen in Frage zu stellen. Ein genauer Blick auf die im Zeichen des Kapitalismus aufstrebenden neuen Wirtschaftsmächte wird zeigen, dass die Ablehnung der europäischen Moderne nicht notwendig mit Unterdrückung und Stagnation verbunden ist; es wird sich vielmehr zeigen, dass nicht wenige der außereuropäischen Institutionen unter bestimmten Bedingungen dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritt förderlicher sein können als die entsprechenden europäischen Einrichtungen.

Kapitalismus und historisches Milieu

Um die sich im Süden herausbildenden kapitalistischen Gesellschaftsformationen in ihren Eigenarten bestimmen zu können, muss unterschieden werden zwischen den Kernmerkmalen der kapitalistischen Produktionsweise einerseits und dem jeweils unterschiedlichen konkreten historischen Milieu, in dem diese sich entfalten. Es muss unterschieden werden zwischen den universal wirkenden Gesetzen der Produktionsweise und den gesellschaftlichen Formen, in denen sie sich ausdrücken. Diese gesellschaftlichen Formen sind zwar nicht starr, sie sind aber historisch verankerte Gegebenheiten, an die sich der Kapitalismus anpasst, die er nutzt und dabei modifiziert. Das ›westliche‹ Missverständnis liegt in der Gewohnheit, beides zusammen zu denken. Die im Westen herrschenden gesellschaftlichen Institutionen werden – wie gezeigt – mit der kapitalistischen Produktionsweise gleichgesetzt, als deren einzig möglicher Ausdruck begriffen. Das kann nicht weiter überraschen, weil der Kapitalismus sich nun mal im historischen Milieu Europas entwickelt hat. Zwar zeigt die Geschichte des europäischen Kapitalismus sowohl in seinen Heimatländern wie in den unterworfenen Gebieten, dass dieser sich nicht nur mit brutalen Unterdrückungsmethoden, sondern auch mit umfas-

Die Emanzipation des Südens

Jörg Goldberg
Die Emanzipation des Südens
Die Neuerfindung des Kapitalismus
aus Tradition und Weltmarkt

Neue Kleine Bibliothek 210, 326 Seiten
ISBN 978-3-89438-579-8
EUR 18,90 [D]

Seit der Krise von 2008, die bis heute nicht überwunden ist, wird die Weltwirtschaft zunehmend beeinflusst von neuen Wirtschaftsmächten im globalen Süden, während die klassischen Industrieländer des Westens zurückfallen. Der Aufstieg der neuen Weltmarktakteure folgt zwar überwiegend kapitalistischen Prinzipien, ihre Dynamik aber verdanken sie nicht der Übernahme jener Institutionen und Regeln der westlichen »Moderne«, die hierzulande als Grundbedingung von Wachstum und Wohlstand gelten: uneingeschränktes Privateigentum, freie Märkte, Verzicht auf staatliche Wirtschaftseingriffe. Die Regeln des Westens haben ihre Modellfunktion verloren. Stattdessen sind jene der neuen Weltmarktakteure von traditionellen, historisch gewachsenen, scheinbar vorkapitalistischen Strukturen geprägt. Exemplarische Analysen der chinesischen Ökonomie, des »Boomkontinents« Afrika und Lateinamerikas zeigen, dass deren traditionelle Regelsysteme überraschend anpassungsfähig und zudem den marktliberalen des Westens nicht selten überlegen sind. Jede Großregion des Südens »erfindet« ihren Kapitalismus neu.

Ich bestelle _____ Exemplar(e) »Emanzipation des Südens« à €18,90 (zzgl. €1,80 Versandkosten)

Vorname, Name

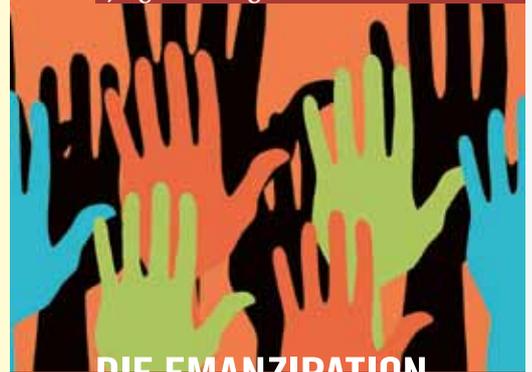
Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bestell-Coupon

Jörg Goldberg



DIE EMANZIPATION DES SÜDENS

DIE NEUERFINDUNG
DES KAPITALISMUS AUS
TRADITION UND WELTMARKT

PapyRossa

Erscheinungstermin:
März 2015

Jörg Goldberg, Dr. rer. pol., *1943. Diplom-Volkswirt, langjähriger wirtschafts- und sozialpolitischer Regierungsberater in Benin und Sambia, Tätigkeit in zwanzig weiteren afrikanischen Ländern. Arbeitet heute als entwicklungspolitischer Gutachter. Veröffentlichte bei PapyRossa das Buch »Überleben im Goldland – Afrika im globalen Kapitalismus«.

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202

50937 Köln

Tel. (02 21) 44 85 45

Fax (02 21) 44 43 05

www.papyrossa.de

mail@papyrossa.de

PapyRossa